

Die rote Laterne endlich abgeben *DGVT fordert mehr Initiative gegen Tabakkonsum*

Der aktuelle Welttabakbericht der Weltgesundheitsorganisation WHO belegt einmal mehr, dass Deutschland bei der Bekämpfung von Tabakkonsum und Nikotinsucht in Europa die rote Laterne trägt. Zwar sinkt der prozentuale Anteil der Raucher*innen in der Bevölkerung seit geraumer Zeit. Parallel dazu verstärkt die Tabakindustrie allerdings ihre Werbemaßnahmen für E-Zigaretten und Geräte, in denen Tabak erhitzt wird. Solche Alternativen zur herkömmlichen Zigarette sind zwar auch nach Einschätzung der WHO weniger gesundheitsschädlich als herkömmliche Zigaretten. Es bestehe allerdings die große Gefahr, dass E-Zigaretten für Jugendliche den Einstieg in eine Raucherkarriere darstellten.

Alein in Deutschland sterben nach WHO-Angaben rund 120.000 Menschen an den Folgen des Rauchens - darunter 3.000 Passivraucher*innen, die selbst nie zum Glimmstängel gegriffen haben. Die weltweiten volkswirtschaftlichen Kosten des Rauchens, beispielsweise durch krankheitsbedingten Arbeitsausfall und Gesundheitskosten, beziffert die WHO auf weltweit 1,3 Billionen Euro jährlich. Erst zwei Länder weltweit, nämlich die Türkei und Brasilien, haben laut WHO alle von der UN-Gesundheitsorganisation empfohlenen Maßnahmen zur Reduzierung des Tabakkonsums umgesetzt.

Deutschland hingegen ist neben Bulgarien das letzte Land in der Europäischen Union, in dem Plakat- und Kinowerbung für Zigaretten bis heute noch erlaubt ist. Und auch sonst hätten Gesundheitspolitik und Krankenkassen noch viel zu tun, fordert die WHO. So werden Nikotinersatztherapien bisher nicht generell von den Kassen finanziert. Auch im Bereich der Prävention und Beratung fordert die Weltgesundheitsorganisation mehr Angebote in Deutschland wie zum Beispiel Hotlines für telefonische Sofortberatung oder entsprechende Online- oder Handy-Dienste. Weitere Forderungen sind höhere Steuern auf Zigaretten sowie eine einheitlich neutrale Gestaltung der Zigarettenpackungen, damit diese nicht mehr als Werbefläche genutzt werden können.

Auch die Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie (DGVT) unterstützt solche Forderungen. Mehrfach hat die DGVT bereits kritisiert, dass Gesetzesvorhaben für ein Werbeverbot im Deutschen Bundestag gescheitert sind oder nicht weiter vorangetrieben wurden – auch aufgrund erfolgreicher Lobbyarbeit der Tabakkonzerne. Zuletzt hatte die DGVT öffentliche Äußerungen von Bundeskanzlerin Angela Merkel zum Anlass genommen, sie in ihrer Haltung zu bestärken. „Wenn es nach mir geht, sollten wir die Werbung für Tabakprodukte verbieten“, sagte Merkel, die zugleich aber einräumen musste, dass das Thema in ihrer eigenen Fraktion sehr konträr diskutiert werde.

Einen Tag nach der Stellungnahme der Kanzlerin lehnte die Regierungskoalition im Bundestag einen entsprechenden Gesetzentwurf von Bündnis 90/Die Grünen ab. Auch in der vergangenen Wahlperiode war ein Anlauf für ein Außenwerbeverbot am Widerspruch der Union gescheitert. Ein 2017 vom Bundeskabinett verabschiedeter Gesetzentwurf wurde bis heute nicht im Bundestag behandelt. Deshalb fordert die DGVT erneut alle Bundestagsabgeordneten dringend auf, den Gesetzentwurf zur Einschränkung von Tabakwerbung noch in dieser Legislaturperiode zu beraten und ein entsprechendes Gesetz zu verabschieden. Nur so werden die Abgeordneten ihrer Verantwortung für den Präventionsgedanken gerecht.